

HEUSS-FORUM
7/2017

Philipp Müller

**Wirtschaftskoordination und
Reform des Liberalismus.**

Das Zusammenspiel von Inter-
nationaler Handelskammer und
NS-Regime in den 1930er Jahren

**Theodor-Heuss-Kolloquium 2017
Liberalismus und Nationalsozialismus –
eine Beziehungsgeschichte**
14.–15. September 2017

In Kooperation mit dem
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
und seinem Zentrum für Holocaust-Studien

Leibniz Institute
for Contemporary History



**Institut für
Zeitgeschichte**
Zentrum für Holocaust-Studien

Philipp Müller**Wirtschaftskoordination und Reform des Liberalismus. Das Zusammenspiel von Internationaler Handelskammer und NS-Regime in den 1930er Jahren**

Die Internationale Handelskammer (IHK) scheint auf ersten Blick nur als liberaler Gegner zum nationalsozialistischen Regime denkbar. Seit ihrer Gründung 1919 schrieb sich die Internationale Handelskammer die Förderung des weltweiten Warenverkehrs auf die Fahnen. Sie hielt an dieser Maßgabe auch in den 1930er Jahren fest, als zunächst die Weltwirtschaftskrise und dann die nationalsozialistischen Rüstungsprojekte eine Erweiterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur noch als idealistisches Hoffnungsprojekt erscheinen ließen. Diejenigen, die wie Friedrich Hayek oder Wilhelm Röpke in dieser Zeit weiterhin an eine Chance des globalen Wirtschaftsliberalismus glaubten, konzipierten seine Erneuerung in der Regel im expliziten Gegensatz zu den diktatorischen Regimen in Deutschland und in der Sowjetunion. Hayeks bekannte Schrift von 1944 „The Road to Serfdom“ fasst diese Denkrichtung bekannter liberaler Ökonomen auf einschlägige Weise zusammen.

Tatsächlich macht man es sich mit dieser Perspektive auf die Beziehung zwischen Wirtschaftsliberalismus und Nationalsozialismus jedoch zu einfach. Zum einen reduziert man damit Liberalismus auf die Ideengeschichte einer bestimmten akademisch-ökonomischen Doktrin. Es wäre ein Rückfall in die Zeiten einer Ideengeschichte à la Friedrich Meinecke, wenn man mit den Auseinandersetzungen unter den genannten Ökonomen den Kern des Wirtschaftsliberalismus der 1930er Jahre be-

stimmen wollte. Auf den Kongressen und in den Ausschusssitzungen der Internationalen Handelskammer wurde an keine der heute kanonisch erscheinenden Figuren wie Hayek appelliert, dennoch verstanden sich viele in der IHK versammelten Unternehmervertreter als Anhänger eines wirtschaftlichen Liberalismus. Bereits in den jüngeren Arbeiten von Serge Audier, Ben Jackson, Daniel Stedman Jones und anderen¹ wird deutlich, dass die damaligen Auseinandersetzungen um den Liberalismus zu äußerst heterogenen Positionen im Lager liberaler Ökonomen führten. Erweitert man die Perspektive und bezieht die Unternehmervertreter der IHK in die Betrachtung ein, reicht das Spektrum der Kontroversen zwischen Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke für eine Charakterisierung des damaligen Liberalismus nicht aus. Vielmehr wird eine andere, alternative Vorstellung des zeitgenössischen Liberalismus sichtbar. Mit einer solchen Verschiebung der Perspektive auf einen anderen liberalen Kontext – den der Unternehmervertreter in der IHK – steht jedoch auch der ausgemachte Gegensatz zwischen Wirtschaftsliberalismus und Nationalsozialismus neu zur Diskussion.

Die Beziehung zwischen Wirtschaftsliberalismus und Nationalsozialismus nicht im Zeichen einer doktrinären Abgrenzung aufzufassen, ist dabei nicht als eine Geschichte der ideologischen Nähe beider Seiten zu konzipieren. Eine Verbindung zwischen Liberalismus und Rechtsradikalismus ist grundsätzlich möglich,

¹ Serge Audier : *Néo-libéralisme(s). Une archéologie intellectuelle*, Paris 2012; Ben Jackson: *At the Origins of Neo-Liberalism. The Free Economy and the Strong State, 1930-1947*, in: *The Historical Journal* 53 (2010), S. 129-151; Daniel Stedman Jones: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton u. Oxford 2012; Angus Burgin: *The Great Persuasion. Reinventing the Free Market Since the Depression*, Cambridge/Mass. 2012.

und gegenwärtig führen sowohl das Programm der „Alternative für Deutschland“ als auch die US-amerikanische Altright-Bewegung eine solche Verbindung vor. Im Fall der Beziehung zwischen IHK und Nationalsozialismus gilt es jedoch vor allem den institutionellen Rahmen und die praktischen wirtschaftlichen Zwänge als wichtige Faktoren miteinzubeziehen. Bekanntlich war auf Seiten der nationalsozialistischen Führung wirtschaftliche Autarkie nur propagandistische Rhetorik, die mit den Zielen des eigenen Rüstungsprogramms völlig unvereinbar war. Ohne den Import wichtiger Rohstoffe und ohne einen entsprechenden Export zur Finanzierung der Einfuhren, so wusste Hitler selbst, wäre die industrielle Vorbereitung auf den Krieg vollkommen unrealistisch gewesen. Die Außenhandelsbeziehungen waren deshalb ein wichtiger Bestandteil der Politik des NS. Das daraus entstehende Interesse des Regimes an der Internationalen Handelskammer förderte seinerseits eine neue Perspektive von Unternehmervetretern auf den internationalen Markt.

Während das erklärte Ziel der IHK eine Ausweitung des Warenverkehrs war, wird an dem Umstand, dass man sich zu diesem Zweck in einer festen, gemeinsamen Organisation institutionalisierte, bereits deutlich, dass man dabei nicht an eine Regelung durch den Marktmechanismus an sich glaubte. Vielmehr waren Unternehmervetreter der Meinung, dass der internationale Handel auf gemeinsam vereinbarten institutionalisierten Voraussetzungen beruhte und gerade dadurch auszuweiten war. Anders als bekannte akademische Reformer des Liberalismus wie Wilhelm Röpke hofften sie nicht auf den Staat, um einen institutionellen Rahmen für den Markt sicherzustellen. Vielmehr galt es aus ihrer Sicht, staatliche Interventionen in den Wirtschaftsverkehr zu vermeiden und die notwendige institutionelle Organisation zur Förderung des Handels durch

unternehmerische Selbstverwaltung zu erreichen. In diesem Sinne verstand sich die Internationale Handelskammer als „Weltparlament der Unternehmer“, als notwendige *Repräsentation* der Marktteilnehmer, die sich nicht direkt selbst regieren konnten, sondern einer Vermittlung ihrer divergierenden individuellen Interessen bedurften. Diese Tendenzen waren mit den rüstungswirtschaftlichen Bedürfnissen des NS-Regimes nicht nur kompatibel, sondern wurden, wie ich zeigen möchte, durch sie gestärkt.

Aus diesen Vorüberlegungen leite ich die folgende These ab: Nimmt man zum Maßstab einer Bestimmung des Wirtschaftsliberalismus in den 1930er Jahren nicht den akademischen Kreis um Hayek, Röpke oder von Mises, sondern die Vertreter unternehmerischer Interessen in der Internationalen Handelskammer, wird eine Beziehung zwischen nationalsozialistischem Regime und zeitgenössischem Wirtschaftsliberalismus sichtbar, die nicht mehr einfach durch Abgrenzung zu beschreiben ist. Gemeint ist damit nicht primär eine ideologische Annäherung, sondern ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlich-institutionellen Voraussetzungen und unternehmerischen Reformvorstellungen von Liberalismus. Das NS-Regime war für die eigenen Rüstungsvorhaben auf Außenhandelsbeziehungen angewiesen und nutzte hierzu die privatwirtschaftlichen Verbindungen der IHK. Dabei stieß man auf Bestrebungen der damaligen Verbände und Wirtschaftsinstitutionen, den Handelsverkehr dadurch zu fördern, dass man ihn unabhängig vom Staat in eigener Regie stärker koordinierte. Für viele Unternehmervetreter stellte gerade diese Koordination eine zeitgemäße Anpassung des orthodoxen Marktliberalismus an die Bedingungen der Gegenwart dar. Diese von Unternehmervetretern getragene Vorstellung einer Reform des internationalen Wirtschaftsliberalismus wurde durch die Verbindung zwi-

schen NS-Regime und Internationaler Handelskammer gefördert.

I. Die Gründung der Internationalen Handelskammer erfolgte 1919 in Atlantic City, vor allem auf Initiative des französischen Handelsministers Etienne Clémentel. Ihren ständigen Sitz nahm sie in Paris ein. Deutschland wurde mit etwas Verspätung im Juni 1925 aufgenommen, erhielt jedoch sofort eine den USA, Großbritannien und Frankreich gleichwertige Vertretung im Verwaltungsrat zugesprochen. Anschließend konnten deutsche Unternehmerverbände und Handelskammern ordentliche sowie einzelne Firmen außerordentliche Mitglieder der Internationalen Handelskammer werden. Die eigentliche Vermittlungsarbeit zwischen Internationaler Handelskammer und deutschen Unternehmern blieb dabei in der Hand einer nationalen Delegation, die sich aus Repräsentanten des Reichsverbands der Deutschen Industrie und weiteren zentralen Weimarer Unternehmerorganisationen zusammensetzte. Die Mitglieder der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer waren häufig professionelle Interessenvertreter oder Unternehmer, die neben der IHK weitere Funktionen in Vorstand und Präsidium nationaler Verbände innehatten. Die Verbindung zur Internationalen Handelskammer bewirkte somit keine unmittelbare Internationalisierung der unternehmerischen Wirtschaftsbeziehungen, sondern vielmehr eine Ausweitung des Aktionsradius der nationalen Verbände auf die internationale Ebene.

Mit dieser internationalen Ebene war in der Zwischenkriegszeit vor allem Europa gemeint. Zwar gab es auch eine Delegation aus Japan und auch Mitglieder aus südamerikanischen Ländern. Neben Vertretern aus den USA kamen die Präsidenten, Ausschussvorsitzenden und Hauptredner auf den Kongressen jedoch nahezu ausschließlich aus west- und nordeuropäischen Staaten. Deutsche wie französische

und britische Vertreter rechtfertigten die Konzentration auf europäische Wirtschaftsfragen damit, dass Europa durch den Versailler Vertrag in eine Vielzahl kleiner Staaten zersplittert worden sei, deren Wirtschaftsbeziehungen nicht nur durch Zölle, sondern auch durch unterschiedliche Maß- und Währungsmaßstäbe behindert würden. Freier Handel war demnach erst möglich, wenn man sich etwa auf gemeinsame Standards zur Berechnung von Transportmengen verständigt oder allgemeingültige Formeln für den Abschluss von Kauf- und Lieferverträgen vereinbart hatte. Eine stärkere Kooperation innerhalb Europas zur Etablierung von institutionalisierten Regelungen des Handels hielt man deshalb vielfach für eine vordringliche Aufgabe der IHK. Hieran knüpfte sich die Vorstellung von einem zeitgemäßen Liberalismus, auf die gleich zurückzukommen ist.

Die Wirkmächtigkeit des Engagements der Deutschen Gruppe in der Internationalen Handelskammer hing davon ab, inwieweit sie von den Verbänden und Unternehmen in Deutschland selbst Unterstützung erfuhr. Ein wichtiger Gradmesser hierfür war die Zahl der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, deren Jahresbeiträge die Finanzierung der Delegierten sicherten. In dieser Hinsicht blieb der Erfolg während der Weimarer Republik durchwachsen: Während die Mitgliederzahlen aufgrund umfangreicher Werbearbeit im ersten Jahr schnell auf 105 ordentliche und immerhin 27 außerordentliche Mitglieder stieg, wuchs sie in den Folgejahren nur langsam und begann nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zurückzugehen. Ein wichtiger Grund hierfür war sicherlich die schwierige ökonomische Lage durch die Krise, die für viele Unternehmen und Einzelverbände eine Mitgliedschaft zu teuer machte. Zugleich schien vielen aber auch die Tätigkeit der IHK unter den gegebenen internationalen Bedingungen wenig aus-

sichtsreich. Die Abkehr Großbritanniens und der USA vom Goldstandard, die Devisenregulierung in Deutschland und die Einführung von strengen Einfuhrkontingenten in Frankreich in den frühen 1930er Jahren machten Verhandlungserfolge auf internationaler Ebene zunehmend unwahrscheinlich. Im Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer kam es über der Frage, welche Richtungsempfehlungen man zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz geben sollte, zu schweren Meinungsverschiedenheiten. Bereits zuvor wurde die französische Delegation von britischer und amerikanischer Seite unter Druck gesetzt, eine Rückstellung der Reparationsforderungen an Deutschland aufgrund der Weltwirtschaftskrise zu unterstützen. Die Weltwirtschaftskonferenz in London von 1933 entpuppte sich bekanntlich als großer Fehlschlag. Eine Mitgliedschaft in der IHK konnte unter diesen Voraussetzungen als verzichtbar erscheinen. Auf der Präsidiumssitzung der Deutschen Gruppe im Oktober 1932 wurde als Erklärung der aktuellen Schwierigkeiten, die eigene Arbeit in der IHK zu finanzieren, angeführt: „Die Arbeit der IHK habe [...] nicht genügend praktische Erfolge aufzuweisen, so dass den zuwerbenden Mitgliedern der Nutzen und die Wichtigkeit für ihren Beitritt nicht überzeugend genug klar gemacht werden könne [sic].“²

Diese Perspektive änderte sich bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Während das Regime den Völkerbund verließ und auch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, der ILO, in Genf praktisch beendete, blieb die Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer als eigene Organisation bestehen und erfuhr im

² Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer am 26. Oktober 1932, S. 5. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München. ED 347-32.

Zuge der Neuordnungsversuche im unternehmerischen Verbandswesen keine wesentlichen Veränderungen. Einige Mitglieder der Deutschen Gruppe wie der Geschäftsführer Eduard Hamm räumten ihren Posten und wurden durch Wirtschaftsvertreter ersetzt, die dem NS näher standen. Zugleich übten viele der älteren Mitglieder ihre Funktionen unverändert weiter aus – so der Präsident der Gruppe, Abraham Frowein, und der ständige Vertreter bei der IHK in Paris Gerhard Riedberg. Clemens Lammers trat zwar wie Frowein aus dem Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zurück, blieb jedoch Vorsitzender einer zentralen Kommission der IHK zur Produktions- und Marktkoordination. Die weitgehende Kontinuität auf personeller Ebene wurde von einem baldigen Aufschwung der Mitgliederzahlen begleitet. Bereits ab 1934 hielten sich Austritte und Neueintritte aus Deutschland die Waage, anschließend nahm der Zahl der neuen Mitglieder zu – vor allem durch den Beitritt von Einzelunternehmen. Auch wenn man dabei die Zahl der Eintritte mit anderen Ländern vergleicht, war der Zuwachs in Deutschland ungewöhnlich. Gegenüber 1933 bedeutete dies bis 1937 eine Verdoppelung der Mitgliedsunternehmen auf knapp 370. Deutschland stellte damit hinter den USA die größte Mitgliedergruppe der Internationalen Handelskammer.

In der Erklärung dieses Phänomens gilt es, den Zusammenhang von zwei Dingen zu erkennen: Nämlich einerseits die praktischen Interessen der Unternehmer und des NS-Regimes, andererseits die damit verbundene Verstärkung der unternehmerischen Auffassung eines zeitgemäßen Liberalismus. Das neue Interesse der Unternehmer in Deutschland an der Internationalen Handelskammer war zum einen dadurch begründet, dass sich hier Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Kontakte boten, die aufgrund der staatlich verordneten Umstellung auf Rüstungsproduktion und der Devisenkon-

trollen nur noch eingeschränkt möglich waren. Aus den kontinuierlichen Beschwerden von Unternehmern in den Berichten der Wehrwirtschaftsinspektoren geht hervor, dass der schwache Export und die mit der Rüstungswirtschaft verbundene Konzentration auf den Binnenmarkt vielfach Anlass zur Sorge war. Offenbar fragten sich viele Unternehmer, inwiefern sich Investitionen in ein neues Maschinenarsenal oder Fertigungshallen lohnten, wenn sie nicht durch Aussicht auf Ausfuhrmöglichkeiten gesichert waren, die auch nach dem Ende der staatlichen Aufträge noch bestehen würden. Zudem hatte man die Schwierigkeiten in Erinnerung, die den Unternehmen durch die Einschränkung der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen im Ersten Weltkrieg entstanden waren. Aus dieser Erfahrung wusste man, dass einmal abgerissene Wirtschaftsbeziehungen nicht einfach wiederzubeleben waren – insbesondere, wenn andere Wirtschaftsmächte die Gelegenheit nutzten, um ihre eigenen Exportkapazitäten zu erweitern. Die Tauschgeschäfte mit Südosteuropa wurden auf Betreiben des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht zwar ausgebaut, jedoch auch 1938 überstieg der Handelsverkehr mit Westeuropa, sogar ohne Großbritannien, den südosteuropäischen noch um das zweifache. Für diese Beziehungen war schon in der Weimarer Zeit die Internationale Handelskammer eine Kontaktbörse gewesen. Nach der Machtübernahme durch den NS wurde sie zum einzigen internationalen Forum, um Beziehungen zu ausländischen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen zu knüpfen und zu pflegen. Damit stieg aus Sicht deutscher Unternehmer auch ihre Attraktivität.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Grund für den verstärkten Zuspruch zur IHK war das offizielle Interesse an ihr durch das nationalsozialistische Regime. Von Seiten der NS-Führung wurde die wachsende Bedeutung der

Deutschen Gruppe der IHK aktiv gefördert, auch wenn man dafür ganz eigene Motive hatte. Es ist bekannt, dass Schacht sich zur Regulierung der Wirtschaft auf das Verbandswesen der Unternehmer stützte, das dadurch neue Kompetenzen erhielt. So etwa für die Erhebung der sogenannten Ausfuhrförderumlage, die der Subventionierung des Exports diente und von den Wirtschaftsgruppen eingezeichnet wurde. Oder zur Kontrolle der Ausfuhrpreise durch die sogenannten Prüfstellen, deren Leitung ebenfalls den unternehmerischen Wirtschaftsgruppen überantwortet wurde. Hinsichtlich der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen erhoffte man sich durch organisierte privatwirtschaftliche Kontakte zum einen eine Beruhigung der internationalen Sorge vor der deutschen Rüstung. Zum anderen boten privatwirtschaftliche Kontakte auch die Chance, die durch die Rüstung entstehenden massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland zu mindern. Hitler ließ dem Kongress der IHK in Wien schon im Sommer 1933 durch die deutsche Delegation Grußworte ausrichten und lud den niederländischen Präsidenten der IHK kurz darauf offiziell zu Gesprächen in die Reichskanzlei. 1937 wurde mit großem Aufwand der Kongress der Internationalen Handelskammer in Berlin veranstaltet, der einen in der Zwischenkriegszeit davor und danach nicht wieder erreichten Zuspruch durch ausländische Besucher fand. Auf der Eröffnungsveranstaltung in der Deutschen Oper präsentierte sich die Reichsführung in Gestalt von Hitler, Goebbels und Schacht. Göring hielt die Eröffnungsrede und forderte die Teilnehmer auf, in ihren Heimatländern die politischen Voraussetzungen für eine bessere Integration Deutschlands in die Weltwirtschaft herstellen zu helfen. Damit zielte er u. a. auf die französischen Delegierten, von denen man wusste, dass sie in den gerade laufenden Verhandlungen zu einem neuen deutsch-französischen Handelsabkommen bei ihrer Regierung auf

einen Ausbau französischer Exportmöglichkeiten nach Deutschland drängten. Neben günstigen Handelsabkommen hofften deutsche staatliche Stellen auf den Abschluss privatwirtschaftlicher Vereinbarungen durch die Unternehmen. Nicht zuletzt die Versorgung mit Rohstoffen wie Eisenerz, Bauxit oder Kautschuk sollte auf diese Weise verbessert werden. Der Ministerialrat in der Reichskanzlei Franz Willuhn notierte sich zu den deutsch-französischen Gesprächen: „Auf vielen Gebieten der Privatwirtschaft bestehen Vereinbarungen oder enge Zusammenarbeiten [...]. Diese Vereinbarungen wirken sich auf den Warenaustausch günstig aus und beweisen, daß auch in der französischen Wirtschaft Neigung besteht, sich mit der deutschen Konkurrenz zu einigen.“³ Diese Sicht war keineswegs Wunschdenken: Hochrangige französische Regierungsvertreter waren von einem heilsamen Einfluss privatwirtschaftlicher Vereinbarungen auf die Entspannung der politischen Beziehungen beider Länder überzeugt.

Das hieraus resultierende Zusammenspiel von Unternehmerinteressen und NS-Regime hatte Folgen für die Durchsetzung einer von den Delegierten der IHK getragenen Vorstellung eines zeitgemäßen Liberalismus. Die Hoffnung im NS-Regime, durch die IHK die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa zu verbessern und hierfür auch privatwirtschaftliche Verbindungen zu nutzen, traf sich mit Bestrebungen, die man in der Internationalen Handelskammer seit Beginn der Weltwirtschaftskrise verstärkt verfolgte. Demnach stellten Handelsbeziehungen auf der Basis von Vereinbarungen statt auf der Basis individueller Vorteilssuche und Preismechanismus eine notwendige Anpassung des Liberalismus an die zeitgenössischen europäischen

Verhältnisse dar. Einen ungebremsten Freihandel assoziierte man nunmehr mit den vergangenen Wirtschaftsverhältnissen des 19. Jahrhunderts und bezeichnete ihn häufig abschätzig als „Manchester-Liberalismus“ – in der Gegenwart schienen internationale Absprachen, wie sie durch die Organisation der IHK möglich wurden, vielen die einzige Gewähr für eine Stabilisierung zwischenstaatlicher Handelsbeziehungen. Eine solche Strategie hielt man zugleich für geeignet, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu vermeiden. Besonders Unternehmervereiner aus europäischen Ländern nutzten die Internationale Handelskammer dementsprechend als Forum zur Verständigung auf gemeinsame Regeln, um durch diese Koordination den zwischenstaatlichen Handel zu fördern.

Praktisch bedeutete dies, dass man an einheitlichen Maßeinheiten von Frachtcontainern und Musterkoffern arbeitete, um die Kosten im internationalen Güterverkehr zu senken. Oder wie der Warentransport auf der Schiene und auf der Straße so koordiniert werden konnte, dass bestehende Bedingungen optimal genutzt und für Eisenbahn- und Automobilunternehmen zukunftsfruchtig gestaltet werden konnten. Man führte Verhandlungen über eine Senkung der Kosten für internationale Telefongespräche und Telegraphengebühren. Schließlich auch darüber, wie durch internationale Absprachen eine Lösung von Absatzproblemen unter Produzenten einer Branche in Zeiten der Krise zu erreichen war. So fungierte etwa das Aluminiumkartell „Alliance Aluminium Compagnie“ bereits seit 1933 als internationaler Puffer, indem es große Teile der Lagerbestände der beteiligten Konzerne aufkaufte und wieder auf den Markt brachte, sobald die Preise eine gewisse Grenze überschritten. Der französische IHK-Delegierte Louis Marlio war nicht nur Vorsitzender dieses Kartells, sondern übernahm 1938 auch die Leitung des „Centre

³ Vermerk von Ministerialrat Willuhn, Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, 14. Oktober 1937, in: BArch R 43/II/323.

international d'études pour la rénovation du libéralisme“, also gerade jenes Zentrums, das man in der jüngeren Literatur zu einem wichtigen Ausgangspunkt des Neoliberalismus im späteren 20. Jahrhundert gemacht hat. Für Marlio war eine internationale Koordination des Marktes keine Einschränkung, sondern die Voraussetzung für einen zeitgemäßen Liberalismus:

„Während es zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Antithese des Liberalismus galt, bietet das Kartell durch ein denkwürdiges Paradox heute eines seiner letzten Bollwerke, indem es das wirtschaftliche Gleichgewicht dann erhält, wenn die Vereinbarung frei und fakultativ bleibt. Man muss hierin einen unerwarteten Reflex des kapitalistischen Organismus sehen, angesichts des unzulänglichen Spiels der ökonomischen Selektion unter den Bedingungen einer konzentrierten und mechanisierten Industrie.“⁴

Zeitgemäßer Liberalismus bedeutete in dieser Perspektive Koordination der Akteure auf dem Markt durch die wirtschaftliche Selbstverwaltung internationaler Verbände. Aus Sicht von programmatisch orientierten Interessenvertretern wie Louis Marlio oder Clemens Lammers in der IHK-Kommission für Produktions- und Marktkoordination zeigte sich in dieser Entwicklung der Erfolg einer Reform des Liberalismus. Entscheidend schien daran, dass zum einen eine Koordination unter Unternehmern internationalen Handel erhalten und ausweiten half und dass zum anderen nicht der Staat, sondern die wirtschaftseigenen Verbände den Markt durch diese Vermittlungsarbeit förderten. Clemens Lammers führte aus:

„Der Unterschied gegenüber früher liegt nur darin, daß der Bedarf und damit die Nachfrage sich nicht mehr in gleicher Freiheit entwickeln

⁴ Louis Marlio: *Le sort du capitalisme*, Paris 1938, S. 135.

und auch durch private Initiative nicht mehr im früheren Ausmaß angeregt werden kann. [...] Dieser Gesamtzustand stellt die private Planung, wie sie sich in den mannigfaltigen organisatorischen Bestrebungen der Wirtschaftskreise ausdrückt, vor [...] neue Aufgaben. Soweit nicht etwa der Staat selbst im Einzelfalle die Führung übernimmt, muß die Wirtschaft ihre [...] Organisationsgabe in einer bislang unerhörten Weise anspannen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.“⁵

Darin eine zeitgemäße Form des Wirtschaftsliberalismus zu erkennen, entsprach sicherlich nicht den Ansichten von Wilhelm Röpke oder gar Ludwig von Mises. Aus diesen Ökonomen jedoch einen Kanon abzuleiten, kommt am Ende über eine retrospektiv vorgenommene normative Setzung nicht hinaus. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht scheint es mir deshalb fruchtbarer einem kontextualistischen Ansatz zu folgen, demzufolge die liberale Tradition aus der Summe der Argumente entstanden ist, die von Liberalen für sich in Anspruch genommen und akzeptiert wurden. Unternehmervertreter in der Internationalen Handelskammer verstanden unter einem zeitgemäßen Liberalismus vielfach eine nicht-staatliche, selbstverwaltete Koordination des Kapitalismus. Indem die Rüstungsprojekte des NS sich dieser Koordinationsbemühungen zu bedienen versuchten, förderten sie praktisch einen Wandel des unternehmerischen Wirtschaftsliberalismus in den 1930er Jahren. Ohne dass eine der Seiten hierin ein explizites Ziel der eigenen Anstrengungen gesehen hätte, erfuhren Reformvorstellungen des Liberalismus unter den vorherrschenden ökonomischen Bedingungen durch den Nationalsozialismus Rückhalt. Diese Entwicklung stand in einer Linie zu

⁵ Clemens Lammers: *Die Organisation der Erzeugung*, in: *Deutsche Wirtschafts-Zeitung. Organ der Reichswirtschaftskammer* 32. Jg. Nr. 26 (27. Juni 1935), S. 604.

dem, was John Ruggie im Anschluss an Karl Polanyi für die Zeit nach 1945 als „Embedded Liberalism“ bezeichnet hat.

Zitation:

Philipp Müller: Wirtschaftskoordination und Reform des Liberalismus. Das Zusammenspiel von Internationaler Handelskammer und NS-Regime in den 1930er Jahren, in: HEUSS-FORUM 7/2017, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_7_2017.